

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST



Nr. 30

10. April 1990

10 Pfennig

Baltische Nationalisten: Speerspitze der Konterrevolution in UdSSR Moskau versucht, Pläne der litauischen Sezessionisten zu durchkreuzen

Zerfallender Stalinismus will Zeit schinden

Ukrainische Faschisten, georgische Monarchisten, baltische Kollaborateure von Nazideutschland: dies sind die antiso-wjetischen „Freiheitskämpfer“, die seit langem in den westlichen Hauptstädten gefeiert werden. Seit Jahrzehnten haben imperialistische Strategen davon geträumt, durch die Anstachelung und Unterstützung von reaktionären nationalistischen Bewegungen die Sowjetunion zum Auseinanderbrechen zu bringen. Nun glauben sie, daß dieser Tag vor der Tür steht. Die Enttäuschung in den NATO-Hauptstädten war deshalb eindeutig, als die sowjetischen Panzer nach Vilnius in Litauen einrollten.

Das „liberale“ stalinistische Regime von Michail Gorbatschow gibt Osteuropa auf, hat die imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands akzeptiert und ist dabei, große Elemente kapitalistischer Ausbeutung in die sowjetische Wirtschaft einzuführen. Deshalb hatten viele erwartet, daß er keinen ernsthaften Widerstand erheben würde, als das litauische Parlament, dominiert von der nationalistischen Sajudis-Bewegung, am 11. März seine „Unabhängigkeit“ von der UdSSR erklärte. Unter dem Vorwand der „nationalen Unabhängigkeit“ ist die litauische Sajudis jetzt die Speerspitze der von den Imperialisten unterstützten Konterrevolution in der Sowjetunion. Aber selbst der dauernd anpaßlerische Gorbatschow hat sich in Litauen nicht einfach zum Sterben hingelegt.

Konvois von gepanzerten Fahrzeugen und Panzerkolonnen paradierten auffällig durch die Hauptstadt Vilnius. Sicherheitstruppen des KGB haben die Kontrollen an den Grenzen der Republik verschärft. Als Sajudis-Führer davon redeten, eine „Landwehr“ aufzubauen, gab Gorbatschow den Befehl, daß alle litauischen Staatsbürger ihre privaten Feuerwaffen abgeben müssen. Fallschirmspringer haben litauische Deserteure aus den sowjetischen Streitkräften verhaftet. Sowjetische Truppen bewachen die Gebäude der moskautreuen Kommunistischen Partei, nachdem eine nationalistische Abspaltung versucht hatte, sie einzunehmen, und haben den Dienstsitz des Generalstaatsanwalts und die Druckerei besetzt, die die Zeitung von Sajudis druckt. Westliche Diplomaten und Journalisten sind aufgefordert worden, das Land zu verlassen.

Die Herrscher der USA wurden von Moskaus Aktionen sichtlich verblüfft. Washington und die anderen NATO-Hauptstädte haben aber Litauens „Unabhängigkeit“ bis-

her nicht anerkannt, weil sie befürchten, damit in Moskau eine härtere Linie zu provozieren und vielleicht die Position von Gorbatschow zu gefährden, dem bei den Imperialisten seit Zar Nikolaus beliebtesten Kremlherrscher. Sajudis-Führer Vytautas Landsbergis beschuldigte die Westmächte, „uns ausverkauft“ zu haben. Weil ihre imperialistischen Schirmherren nicht bereit sind, eine größere Weltkonfrontation zu provozieren, sind die litauischen Nationalisten etwas zurückhaltender geworden. Am 29. März haben Landsbergis und Co. vorgeschlagen, mit Moskau über die Abhaltung einer Volksabstimmung über die Abtrennung zu diskutieren. Gorbatschows Antwort war, daß er nur zu Gesprächen bereit sei, wenn das litauische Parlament die „Unabhängigkeitserklärung“ annulliert.

Was auch immer der unmittelbare Ausgang der litauischen Krise sein wird, die diskreditierte stalinistische Bürokratie im Kreml hat *kein politisches Programm*, um den reaktionären Nationalismus, der jetzt damit droht, die Sowjetunion in Stücke zu reißen, zu bekämpfen. Das Gorbatschow-Regime konnte nur daran festhalten, daß die litauische „Unabhängigkeitserklärung“ deshalb „ungültig“ war, weil sie die Verfassung der UdSSR verletzt. Gorbatschows gesamte Strategie zum Umgang mit nationalistischem Separatismus besteht darin, *Zeit zu gewinnen*, weiter nichts. Sein neuer Gesetzentwurf schlägt zur nationalen Frage eine fünfjährige Wartezeit vor, bevor eine Republik sich abtrennen kann, gefolgt von einer Volksabstimmung und Zustimmung durch den All-Sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten.

Während sich die litauische Krise ausbreitete, berief Gorbatschow unerwartet den reaktionären russischen Nationalisten und rasenden Antisemiten Valentin Rasputin in seinen neuen Präsidentenrat. Dies könnte einen gefährlichen Schachzug darstellen, großrussischen Chauvinismus als Gegengewicht zu nationalistischem Separatismus im Baltikum, im Kaukasus und in der Ukraine einzusetzen. Solch eine zutiefst zynische Politik wird mit Sicherheit zu Pogromen führen, zu kommunalistischem Blutvergießen und der Zerstörung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Sechs Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Unterdrückung und Parasitismus haben viele nationale Minderheiten dazu gebracht, die Sowjetunion als eine heutige Version des „Völkergefängnisses“ des zaristischen Rußland, wie Lenin es bezeichnete, zu sehen. Die Sowjetunion kann nur gerettet werden, wenn die Kreml-Oligarchie hinweggefegt und die proletarischen internationalistischen Prin-

Fortgesetzt auf S.6

Ehrt die Kämpfer des Warschauer Gettos!

Der 19. April ist der Jahrestag des Warschauer Gettoaufstands 1943 gegen die Nazis. Es ist die Sache aller klassenbewußten Arbeiter und Kämpfer gegen Repression auf der ganzen Welt, dieses Tages zu gedenken. Dies war das letzte heroische Kapitel des kämpfenden jüdischen polnischen Proletariats, dessen zutiefst *internationalistische* Traditionen eine Generation von Revolutionären hervorgebracht hat (siehe „Erinnerungen eines revolutionären jüdischen Arbeiters“, Spartacist [deutsche Ausgabe] Nr. 13, Herbst 1987).

Als Signal für den Beginn des Aufstands hißten die jüdischen Aufständischen am 19. April polnische, jüdische und rote Fahnen über dem Getto. Die führende Widerstandsgruppierung war die Jüdische Kampforganisation (ZOB), die von verschiedenen linkszionistischen Gruppen zusammen mit der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) initiiert worden war. Die PPR war nach Hitlers Einmarsch in Rußland aus den überlebenden Kadern der Polnischen Kommunistischen Partei aufgebaut worden, die Stalin 1938 unter Anklage des „Trotzkismus“ liquidiert hatte. Unter unbeschreiblich widrigen Umständen, mit ihren bloßen Händen und selbstgebastelten Benzinbomben als Waffen, haben die Aufständischen des Gettos den Nazityrannen im besetzten Osteuropa einen Schlag versetzt; über einen Monat lang hielten sie die Elite von Hitlers Stoßtruppen in Schach, bis die Nazis das Getto buchstäblich in einen Haufen Schutt verwandelten.

Die arroganten Nazis unter SS-Brigadeführer Stroop, die an ihren eigenen Übermenschenmythos glaubten, brachten anfänglich ihre eigenen Einheiten nicht gegen die jüdischen Kämpfer in Einsatz, sondern stützten sich auf die jüdische Polizei und ihre litauischen und ukrainischen Marionettentruppen. Tag für Tag wurden die Nazis und ihre Marionetten trotz weit überlegener Bewaffnung in die Flucht geschlagen. ZOB-Führer Mordechai Anielewicz schrieb am fünften Tag: „Was wir erlebt haben, kann man nicht in Worte fassen. Wir sind uns nur über eins bewußt: das Geschehene hat unsere Träume übertroffen. Die Deutschen rannten zweimal aus dem Getto davon ...“ Nach der ersten Woche des Aufstands schätzte die PPR in einem Bericht, daß über 700 Deutsche - hauptsächlich Sondereinheiten der SS - in den Kämpfen getötet worden waren. Am 1. Mai, schreibt Reuben Ainsztein in *The Warsaw Ghetto Revolt* (Der Aufstand des Warschauer Gettos - Holocaust Library, New York, 1979), hielten die Überlebenden „Versammlungen ab, auf denen sie die Internationale sangen als Zeichen des höchsten ungebrochenen Kampfwillens gegen die Neue Ordnung der Nazis“.

Abgesehen von einer Handvoll mutiger polnischer Liberaler kam die einzige organisierte Unterstützung, die die Aufständischen des Gettos von außen erhielten, von der Roten Armee, der PPR und ihrer Volksmiliz. Einheiten der Volksmiliz auf der „arischen Seite“ unternahmen eine Reihe von militärischen Aktionen in Solidarität mit dem Aufstand, und die jüdischen Kommunisten im Getto hielten über den Stand der Ereignisse engen Kontakt zu Moskau. Einen über Funk übermittelten Appell der Aufständischen beantworteten die Sowjets am folgenden Tag mit dem Befehl zu Bombenangriffen auf Warschau, um die Säuberungsaktion der Nazis zu behindern. Die beiden führenden Köpfe der nationalen PPR-Führung und der Warschauer Volksmiliz außerhalb des Gettos waren bemerkenswerterweise Juden.

Die nationalistische Heimatarmee, von der polnischen Solidarnosc als Quelle der Inspiration bejubelt, weigerte

sich nicht nur, selbst minimale praktische oder militärische Unterstützung zu geben, sie steckte auch einen Großteil der wenigen Waffen, die aus Britannien für die Aufständischen des Gettos eingeflogen wurden, in die eigenen Taschen. Die polnischen Nationalisten schlossen ausdrücklich jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten aus - und in der Praxis genauso mit Juden.

Aber im Gegensatz zu den Behauptungen der Zionisten war die polnische Bevölkerung nicht eine antisemitische Masse. Emmanuel Ringelblum, der bekannte Chronist des Warschauer Gettos, hat in seinen *Polish-Jewish Relations During the Second World War* (Die polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs - geschrieben kurz vor seiner Ermordung durch die Nazis 1944) bemerkt, daß zwar die polnische Mittelklasse den Antisemitismus „völlig“ in sich aufgenommen hat, dies aber nicht für die Arbeiter galt, „die schon lange vor dem Krieg den Klassencharakter des Antisemitismus erkannt hatten, dem Machtinstrument der einheimischen Bourgeoisie, und während des Krieges haben sie ihre Anstrengungen verdoppelt im Kampf gegen den Antisemitismus“. Tausende von Juden wurden unter Lebensgefahr versteckt, und christliche Arbeiter in Warschau haben oftmals durch Signale vor Nazi-Einsätzen gegen das Getto gewarnt.

Die Juden Osteuropas waren ein Volk, die keine Nation hatten, die im buchstäblichsten Sinn ihr Banner in der roten Fahne der internationalen sozialistischen Revolution fanden und ihre Rettung in der Oktoberrevolution sahen. Selbst während der Nazibesetzung wurden zahlreiche linke und sozialistische Zeitschriften innerhalb des Gettos veröffentlicht und verbreitet; andere wurden von außen hereingeschmuggelt. Eine dieser Zeitschriften war die *Czerwony Sztandar* (Rote Fahne), die von den jüdischen trotzkistischen Militanten Schlomo Ehrlich und Stella Mihalstein herausgegeben wurde. Die jüdischen Trotzkisten, die den Titel ihrer Gettozeitschrift mit „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ schmückten, brachten das proletarisch-internationalistische Programm zum Ausdruck, das allein der Barbarei ein Ende setzen konnte, die der Kapitalismus in seinem Verfall entfesselt hat. Nach der deutschen Invasion der Sowjetunion erklärte *Czerwony Sztandar* (Juli 1941):

„Der erste Arbeiterstaat kämpft um seine Existenz. Das Schicksal der Russischen Revolution und damit ganz unmittelbar das Schicksal der internationalen Revolution steht auf dem Spiel. Die Arbeiter in der ganzen Welt verfolgen mit angehaltenem Atem die Entwicklung des größten Klassenkriegs der Welt und ihre Herzen und ihre Seelen sind bei der Roten Armee . . . Der Krieg der Sowjetunion gegen Hitler ist der Krieg des internationalen Proletariats; es ist unser Krieg.“

Sie schlossen mit: „Hoch lebe die Rote Armee! Hoch lebe die Russische Revolution! Hoch lebe die internationale Revolution!“

Die Rote Armee befreite Polen von der Nazi-Sklaverei, und 600 000 sowjetische Soldaten starben im Kampf dafür. Auf den Trümmern des Dritten Reichs wurden die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Polen und DDR errichtet. Heute terrorisiert die braune Pest erneut Unke und Minderheiten in der DDR, während prokapitalistische Regierungen in beiden Ländern danach trachten, die sozialen Errungenschaften zu zerschlagen. Wenn die Arbeiter Polens und der DDR den Kampf gegen kapitalistische Restauration aufnehmen, müssen sie sich das internationalistische Vermächtnis des Warschauer Gettoaufstands zu eigen machen.

Bittere Früchte des antikommunistischen Nationalismus

Polnische Solidarnosc im Angesicht eines Vierten Reichs

„Wir werden Sklaven sein, Vasallen eines vereinigten Deutschlands.“ - Solidarnosc-Abgeordneter im polnischen Parlament

Die polnische Solidarnosc besteht aus unerschütterlichen Antikommunisten und antisowjetischen Nationalisten. Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands ist ein oberstes Ziel des Kalten Kriegs gegen die Sowjetunion. Aber ironischerweise ist das von Solidarnosc geführte Polen hervorgetreten als die europäische Regierung, die heute am lautesten gegen die deutsche Wiedervereinigung protestiert. Zwei Drittel der polnischen Bevölkerung sind dagegen und fürchten zu Recht, daß ein Viertes Reich Anstalten machen würde, frühere deutsche Gebiete - Slask (das ehemalige Schlesien) und „Ostpreußen“ -, zurückzuerobern, die nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen abgetreten worden sind. Warschau fordert jetzt, daß Bonn die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze - der Oder-Neiße-Grenze - als eine Vorbedingung für eine Wiedervereinigung anerkennt. Im Einklang mit der historisch selbstmörderischen Romantik des polnischen Nationalismus warnt der Solidarnosc-Führer Bronislaw Gemerek sogar: „Der einzige Weg, die Grenze zu verändern, ist Krieg, und Deutschland weiß das.“

Weniger selbstmörderisch und romantisch hat Solidarnosc-Premierminister Tadeusz Mazowiecki festgestellt, daß der Warschauer Pakt „wichtig für die Sicherheit unserer Grenzen“ ist, und daß sowjetische Truppen in Polen bleiben sollten, bis das „deutsche Problem“ gelöst ist. Das aalglatte Gorbatschow-Regime - das schamlos vor dem Weltimperialismus kapitulierte, als es die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzog und grünes Licht für die deutsche Wiedervereinigung gab - bietet sich nun als mächtiger Beschützer von Polens nationalen Interessen an. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse unterstützte Warschaws Forderung, an der Konferenz der Großen Vier über die internationalen Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung teilzunehmen.

Im vergangenen Jahrzehnt hat der amerikanische Imperialismus politisch und finanziell beträchtlich in Solidarnosc investiert. Aber gerade wenn diese Lieblinge der „freien Welt“ die bankrotte stalinistische Bürokratie in Warschau ersetzen, erleben die USA jetzt, daß Polen seine militärischen und diplomatischen Bindungen an die Sowjetunion erneut beteuert. So war es bei Kohls Besuch in Washington vor ein paar Wochen Bushs erstes Anliegen, den Kanzler von Westdeutschland davon zu überzeugen, alle territorialen Ansprüche an Polen aufzugeben. Der amerikanische Präsident hatte keinen Erfolg. Mit der Arroganz des „Deutschland über alles“ verkündete Kohl, daß „die Grenzfrage endgültig durch eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung und ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament entschieden werden wird“.

Es ist ein Beweis für den jetzigen Rauschzustand der westdeutschen herrschenden Klasse, daß sie sich vorsätzlich dem Druck ihrer amerikanischen und europäischen NATO-Verbündeten zur Frage der polnischen Grenze widersetzt. Schließlich könnte Bonn leicht das Theater der diplomatischen Heuchelei vorspielen. Nur ein Narr würde glauben, daß eine Erklärung von Kohl oder ein Vertrag Polens

Grenze gegen die Macht eines wiedervereinigten deutschen Reichs sichern könnte. Kohl bezeichnet sich nun selbst als „Kanzler unseres deutschen Vaterlandes“. Derjenige, der diesen Titel zuletzt geführt hat - Adolf Hitler - prahlte einmal, daß er einen Vertrag heute unterschreiben und ihn morgen wieder zerreißen würde, wenn es dem Interesse des deutschen Volkes diene.

Kohl & Co. sind nicht weniger betrügerisch als die Nazis, nur arroganter. Die deutsche Bourgeoisie glaubt, sie ist kurz davor, eine neue Supermacht zu werden, die über den Rest von Europa herrschen kann, besonders über die „Untermenschen“ des Ostens. Ein hoher Kohl-Berater geifert: „Vielleicht ist es bald soweit, daß die Vereinigten Staaten sich um Gebiete wie Zentralamerika kümmern, und wir werden uns mit Osteuropa befassen“ (*Newsweek*, 26. Februar). Die deutschen Herrscher wollen mit Polen umgehen wie Bush kürzlich mit Panama, wo der imperialistische Präsident ein paar tausend dunkelhäutige Lateinamerikaner ermordet hat, einfach um zu zeigen, daß er es kann.

Die Frontlinie des Widerstands gegen ein Viertes Reich liegt im Moment nicht an der Oder-Neiße-Grenze. Sie führt durch die Deutsche Demokratische Republik, ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, geschaffen durch die Zerstörung Nazi-Deutschlands durch die sowjetische Rote Armee. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, will die Arbeiterklasse der DDR und ihre Verbündeten (Kollektivbauern, Rentner, alleinstehende Mütter, linksstehende Intellektuelle) gegen imperialistische Wiedervereinigung mobilisieren. Auf dem Spiel steht in diesem Kampf nicht nur das Schicksal der DDR und Polens, sondern der ganzen Menschheit. Dieses Mal wird ein Viertes Reich über Atomwaffen verfügen.

Solidarnosc sät polnischen Nationalismus und erntet deutschen Imperialismus

Wenn der Einsatz an der Oder-Neiße nicht so hoch wäre, könnten wir Kommunisten es genießen, die Angst zu beobachten, die Solidarnosc im Augenblick ihres Triumphes überfallen hat. In den letzten zehn Jahren haben diese klerikalen Nationalisten als Stoßtrupp des anti-sowjetischen Nationalismus in Osteuropa gedient. Und seit Jahrzehnten haben polnische Nationalisten das Jalta-Abkommen von 1945, das Europa in anglo-amerikanische und sowjetische Einflußgebiete aufteilt, als einen Pakt mit dem Teufel angeprangert. Aber nun verkünden genau dieselben Leute, daß die Staatsgrenzen, die in Jalta und auf der Nachfolgekonzferenz in Potsdam festgelegt worden sind, dauerhaft und unantastbar sein müssen! (Die Trotzlisten verurteilten Jalta, weil Stalin damit einverstanden war, den Kapitalismus in Westeuropa zu erhalten, was die weltweite Macht des US-Imperialismus und damit die Gefahr für die Sowjetunion enorm stärkte.)

Schauen wir uns den prominenten Intellektuellen Leszek Kolakowski an, der die politische Laufbahn der polnischen Intelligenz in der Nachkriegszeit personifiziert. In den späten vierziger Jahren war der junge Philosoph ein fanatischer Stalinist, der an der Haßkampagne gegen Wladyslaw

Fortgesetzt auf S. 4

Polen ...

Fortsetzung von S.3

Gomulka teilnahm, der als liberal-nationaler Kommunist angesehen wurde. 1956 kam Gomulka an die Macht, um eine beginnende proletarisch politische Revolution gegen das auseinandergebrochene stalinistische Regime abzuwenden. In dem liberalen Klima der späten fünfziger Jahre hielt Kolakowski das Banner des marxistischen Humanismus hoch und trachtete danach, sich mit der internationalen Tradition von Rosa Luxemburg zu identifizieren. In den späten sechziger Jahren, als die polnischen Stalinisten einen „Prager Frühling“ in Warschau fürchteten, gingen sie inmitten einer brutalen antisemitischen Kampagne hart gegen oppositionelle Intellektuelle vor. Kolakowski emigrierte nach England, wo er sich scharf nach rechts entwickelte und ein von Reagan und Thatcher geprägter militanter Antikommunist wurde.

In einem kürzlich erschienenen Artikel über Jalta stellte Kolakowski erneut den üblichen polnisch-nationalistischen Standpunkt dar, daß „das Abkommen dem unstillbaren Hunger Stalins nach Territorium eine doppeldeutige Legitimität verschafft hat ... In diesem Sinne war es falsch von den Polen, ‚Jalta‘ als ein Synonym für betrogen durch den Westen⁴ zu benutzen“ (*International Herald Tribune*, 5. Februar). Doch in dem gleichen Artikel argumentiert Kolakowski, daß die Staatsgrenzen, die durch diesen „Betrug“ festgelegt wurden, nicht verändert werden sollten: „Jegliche Gebietsanspruchskorrektur könnte uns in ein Elend stürzen, bei dem wir uns nach der von Stalin aufgezwungenen Regelung von Jalta sehnen werden.“ Die polnischen Nationalisten wünschen sich die Vergünstigungen des westlichen Imperialismus und wollen gleichzeitig die Früchte des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland behalten. Wie die polnischen Juden von früher gesagt hätten, das ist wirklich Chuzpe!

Es bedurfte keiner großen politischen Voraussicht, um zu verstehen, daß das Ansteigen des antisowjetischen Nationalismus in Osteuropa und das Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts die Bedingungen für ein Viertes Reich schaffen würden. Unmittelbar nachdem General Jaruzelski im Dezember 1981 Solidarnosc¹ Griff zur Macht gestoppt hatte, hob der liberale amerikanische Publizist Ronald Steel dies hervor:

„Wenn Solidarnosc seine weitgehendsten Forderungen durchgesetzt hätte, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gebrochen und Polen aus dem Warschauer Pakt herausgeführt hätte, wäre die sowjetische Kontrolle über den Rest von Osteuropa bedroht gewesen . . .

Ostdeutschland wäre isoliert gewesen. Bonn könnte dann nach Osten schauen, in Versuchung durch

Visionen von einer Wiedervereinigung . . . Das drohende Gespenst eines vereinigten Reiches erschiene am Horizont und brächte ein neues Element der Gefahr in die europäische Politik.“ (*New York Times*, 3. Januar 1982)

Und so ist es passiert. Nur ein paar Monate nachdem Solidarnosc die Regierungsministerien in Warschau übernommen hat, taucht das Gespenst des Vierten Reichs riesengroß am europäischen Horizont auf.

Und wenn dieses Gespenst Wirklichkeit wird, wird die Oder-Neiße-Grenze ein Stolperdraht für den dritten Weltkrieg sein. Seit dem späten Mittelalter ist Slask mit seiner gemischten Bevölkerung ein Schlachtfeld zwischen dem deutschen Reich und Polen. In der Mitte des 8. Jahrhunderts wurde das Gebiet durch das Preußen Friedrich des Großen erobert und während der nächsten eineinhalb Jahrhunderte einer weitgehenden Germanisierung unterzogen. Unter der Herrschaft der Junker wurde die polnische Bevölkerung, die hauptsächlich aus Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern bestand, grauenhaft ausgebeutet und unterdrückt. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg agitierte Rosa Luxemburg unter dem polnischen Proletariat in Slask, und rief es auf, sich mit seinen deutschen Klassenbrüdern im revolutionären Kampf gegen das Kaiserreich zu verbünden.

Nach dem Krieg wurde Slask unter blutigen kommunalen Gewalttätigkeiten zwischen dem Deutschland von Weimar und dem neu errichteten polnischen Staat von Marschall Pilsudski aufgeteilt. Fünfundzwanzig Jahre später, als die Rote Armee Nazideutschland zerstörte, verschob sich das polnische Staatsgebiet nach Westen. Große Gebiete Ostpolens, die hauptsächlich von Ukrainern und Bjelorussen bewohnt waren, wurden in die UdSSR integriert. Im Gegenzug wurde ganz Slask und ein großer Teil Ostpreußens an Polen abgetreten. Diese Gebiete machen ein Drittel des heutigen Polens aus, in ihm leben ein Drittel seiner Bevölkerung, und es umfaßt 85 Prozent der Meeresküste des Landes.

1945/46 wurden mehr als drei Millionen gebürtige Deutsche aus ihrer Heimat in Slask und Ostpreußen vertrieben. Seit damals ist diese große Anzahl verbitterter Emigranten mit ihren Familien eine starke Kraft in der westdeutschen Rechten. Der Bund der Vertriebenen behauptet, gegenwärtig über zwei Millionen Mitglieder zu haben. Selbst wenn diese Zahl übertrieben ist, übt der Bund zweifellos einen großen Einfluß auf die Bonner Politik aus. Kohls Rechtfertiger sagen, wenn er offen alle Gebietsansprüche gegenüber Polen aufgibt, werden die Emigranten aus Slask in die Arme von neonazistischen Parteien getrieben.

Zur gleichen Zeit hat - was nicht überraschend ist - der Wiederaufstieg des reaktionären Nationalismus in ganz Osteuropa auch die gebürtigen Deutschen in Polen erfaßt, von denen schätzungsweise 800 000 noch dort leben. Als Kohl im letzten Herbst Slask besuchte, wurde er von Demonstranten mit Bannern begrüßt, auf denen stand: „Helmut, du bist auch unser Kanzler.“ (*Financial Times*, 3. November 1989) Mit der bewährten Heuchelei des Imperialismus wird der deutsche Revanchismus gegenüber Polen zweifellos damit gerechtfertigt werden, nationale Rechte der deutschen Minderheit in der Grenzregion zu verteidigen. Weckt das nicht Erinnerungen an das Sudetenland?

Als Kommunisten und wirkliche Verteidiger von nationalen Rechten betrachten wir existierende Staatsgrenzen nicht als ewig gültig. Territoriale Unstimmigkeiten unter kapitalistischen Staaten (oder, wie in diesem Fall, Arbeiterstaaten) sollten durch eine Volksabstimmung der Einwohner der umkämpften Region gelöst werden. Da die überwältigende Mehrheit von Slask jetzt polnisch ist, würde eine demokratische Volksabstimmung zweifellos den Status quo bestätigen. Zur gleichen Zeit würden wir kompromiß-

Abonniert *Spartakist* Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):

DM 10,—

10 Mark der DDR

Alle Abos enthalten

Spartacist

(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

Postfach 2002,

Berlin 1026

Sparkasse der

Stadt Berlin

Konto-Nr.

6652-44-314496



los die nationalen Rechte der deutschen Minderheit verteidigen (z. B. das Recht auf ihre eigene Sprache).

Jedoch geht es hier nicht einfach oder hauptsächlich um eine Grenzunstimmigkeit. Das Durchbrechen der Oder-Neiße-Grenze ist Teil des neuen *Drangs nach Osten* des deutschen Imperialismus, dessen endgültiges Ziel es ist, die Sowjetunion, das Land der Oktoberrevolution, zu zersplittern und zu zerstören. Die sowjetischen Völker, die im Kampf gegen Hitlers Operation Barbarossa 20 Millionen Menschen verloren haben, sehen mit Entsetzen die Möglichkeit eines neuen Vierten Reichs. Eine wirklich kommunistische Führung muß geschmiedet werden, um die polnische, sowjetische und ostdeutsche Arbeiterklasse im Kampf zu vereinen gegen die sich auflösenden stalinistischen Bürokratien, gegen reaktionäre nationalistische Kräfte und gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind.

Kehrt zur Tradition von Luxemburg und Lenin zurück!

Seit zehn Jahren hat ein großer Teil der polnischen Arbeiterklasse als Reaktion gegen die politisch und ökonomisch bankrotte stalinistische Bürokratie die klerikalen Nationalisten von Solidarnosc unterstützt. Jetzt, wo Solidarnosc die Zügel der Regierung in Warschau in die Hand genommen hat, was ist für sie dabei herausgekommen? Sie sehen sich der Möglichkeit gegenüber, Vasallen des deutschen Imperialismus zu werden und werden von den Bankiers aus Frankfurt und von der Wall Street bereits ausgeblutet. Ende Dezember ist die neue „freie Markt“-Regierung mit dem Kartell der Weltbanken, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) übereingekommen, eine ökonomische „Schockbehandlung“ zu verordnen, in der Art, wie sie üblicherweise von lateinamerikanischen Juntas durchgeführt wird. Polens Finanzminister Leszek Balcerowicz nannte das Programm einen „tiefen chirurgischen Eingriff, worauf Warschauer Witzbolde antworteten: „Die Operation ist gelungen, der Patient ist tot.“

Selbst vor der vom IWF verordneten „Schockbehandlung“ haben Regierungsoffizielle geschätzt, daß zehn Millionen der 37 Millionen starken Bevölkerung weniger verdienen, als für den Lebensunterhalt nötig ist. Der Londoner *Guardian* (8. Dezember 1989) berichtete: „Not-Suppenküchen werden schon von einer breiten sozialen Schicht aufgesucht.“ Allein im Januar sank der durchschnittliche Lebensstandard um fast 40 Prozent, während der Preis für Milch um 65 Prozent, für Brot um 20 Prozent und für Wurst um 70 Prozent anstieg! „Meine Frau und ich wissen einfach nicht, wie wir durch den Winter kommen sollen“, erklärte ein betagter Rentner. „Wenn wir unsere Miete, Strom und Heizung bezahlt haben, werden wir noch 40 000 Zloty für den ganzen Monat übrig haben - gerade genug, um uns einige Pfund Butter zu kaufen.“

Wie ideologisch verwirrt und mit Illusionen über den kapitalistischen Westen behaftet sie auch sind, die polnischen Arbeiter verteidigen kämpferisch ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen. Im Januar streikten mehr als 40 000 Bergarbeiter, der Kern des polnischen Industrieproletariats, gegen von der Regierung aufgezwungene Lohnkontrollen. Diese Streiks zeigten an der Basis der Arbeiterklasse eine wachsende Feindschaft gegenüber Solidarnosc. In Slask hinderten 4000 streikende Bergarbeiter einen Vertreter von Solidarnosc daran, auf ihrer Kundgebung zu sprechen.

Beim Sitzstreik im Czerwone-Zagliebe-Bergwerk schmissen Arbeiter die Solidarnosc-Vertreter raus, die sie zu einer Wiederaufnahme der Arbeit überreden wollten. Viele polnische Arbeiter glauben, daß Wa³esa, Kuron & Co. sie jetzt betrogen haben und ihre vorherigen Prinzipien und Ideale über Bord werfen. Sicherlich, die ursprünglich massive Unterstützung für Solidarnosc in den Jahren 1980-81

spiegelte einfach den Groll gegen das korrupte und inkompetente stalinistische Regime wider. Aber die zentrale Führung um Lech Wa³esa waren von Anfang an harte antikommunistische Nationalisten, die ihre Anordnungen von Papst Johannes Paul Wojtylas Vatikan und von Ronald Reagans Weißem Haus entgegennahmen. Auf ihrem ersten nationalen Kongreß im September '1981 hat sich Solidarnosc auf einem offen konterrevolutionären Programm konsolidiert, abgefaßt in der Sprache des Imperialismus der „freien Welt“. Zu diesem Zeitpunkt brandmarkten wir Solidarnosc als „gelbe Gewerkschaft im Dienste von CIA und Bankiers“.

In den frühen achtziger Jahren wurde die Losung „Solidarität mit Solidarnosc“ ein Schlachtruf des zweiten Kalten Kriegs gegen die Sowjetunion, der Reagan und Thatcher mit westeuropäischen Sozialdemokraten und vielen selbsternannten Linken vereinte. Zum Beispiel bejubelte 1983 der pseudotrotzkistische Theoretiker Ernest Mandel die Solidarnosc-Führung als „die besten Sozialisten auf der Welt!“ Heute veröffentlicht die Zeitung der Mandel-Anhänger *International Viewpoint* (2. Februar) einen längeren Artikel über die ökonomische Schockbehandlung in Polen („Die Zeitbombe“). Die Leser dieses Artikels werden sehr viele Fakten und Zahlen erfahren. Aber sie werden nicht erfahren, daß die Herausgeber und Sponsoren des *International Viewpoint* jahrelang glühende Unterstützer der polnischen Solidarnosc waren.

Der größte organisatorische Widerstand in Polen gegen die vom IWF diktierte Schockbehandlung kam vom alten, offiziellen stalinistischen Gewerkschaftsverband (die OPZZ), die nun mit der Warschauer Regierung gebrochen hat. Wenn man die westliche Presse liest, würde man nie erfahren, daß die OPZZ tatsächlich *mehr Mitglieder* hat als Solidarnosc, einschließlich in den Reihen der strategisch wichtigen Bergarbeiter. Die OPZZ hat alle kürzlich durchgeführten Streiks unterstützt und versucht, Hungermärsche zu organisieren. Der Gewerkschaftsführer Alfred Miodowicz, ein Stalinist alter Schule und früheres Mitglied des

Fortgesetzt auf S. 6

Veranstaltung in Halle Sonntag, 22. April, 15.00 Uhr

**Klubhaus der Gewerkschaften
„Hermann Duncker“
2. Stock, Gesellschaftssaal
Georg-Schumann-Platz 1**

**Nr. 14
Winter 1989/90**

Spartacist ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

**Bestellt bei:
Postfach 2002,
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin
Konto-Nr.
6652-44-314496
DM 2,-
2 Mark der DDR**



Polen ...

Fortsetzung von S. 5

Politbüros unter Jaruzelski, verkündet nun, er stehe für die Interessen der Arbeiter gegen die erklärtermaßen prokapitalistische Solidarnosc. Während es durchaus denkbar ist, daß die polnischen Arbeiter unter der organisatorischen Struktur der OPZZ kämpfen, ist der Stalinismus in Polen als Ideologie tot, begraben und unbeweint.

Die einzige Rettung für die polnische Arbeiterklasse liegt darin, die Traditionen des *proletarischen Internationalismus* wiederzuentdecken, die personifiziert sind in Polens größter Revolutionärin Rosa Luxemburg. Als Jüdin aus Lublin, die in Warschau erzogen wurde, widmete Rosa Luxemburg ihr Leben der Aufgabe, die Kampfeinheit der polnischen, russischen und deutschen Arbeiterklasse zu schmieden. Sie kämpfte gegen jede Form von Nationalismus, Chauvinismus, Reformismus und bürokratische Selbstgefälligkeit. So agitierte sie unermüdlich gegen den Einfluß der klerikal-nationalistischen Ideologie auf die polnischen Werktätigen in Slask, das damals Teil des deutschen Reichs war: „Der Entwicklung einer solchen die Demokratie heuchelnden polnisch-klerikalen Bewegung, die uns den bereits gewonnenen Einfluß auf die Massen streitig machen könnte, entgegenzuarbeiten, ist jetzt unsere Aufgabe in Oberschlesien“ („Die Wahlen in Oberschlesien“, 1898). Zur gleichen Zeit kritisierte sie die Führung der deutschen Sozialdemokratie scharf dafür, daß sie nicht genug tat, um die polnischen Arbeiter aus Slask auf einem revolutionären sozialistischen Programm für den vereinten Kampf gegen die preußischen Junker und die Fabrik- und Bergwerksbesitzer zu organisieren.

Heute sieht sich die polnische Arbeiterklasse einer Restauration von innen gegenüber, durchgeführt durch die Solidarnosc, und einer deutschen imperialistischen Übermacht von außen, deren Weg von Solidarnosc geebnet wurde. Nur die Trotzisten haben ein Programm, kapitalistische Konterrevolution und imperialistischen Krieg zu bekämpfen, durch die Rückkehr zum authentischen Kommunismus von Luxemburg und Lenin. Vorwärts zu einer trotzkistischen Partei in Polen, Sektion einer wiedererstandenen Vierten Internationale.

Nach Workers Vanguard Nr. 497, 9. März

Litauen ...

Fortsetzung von S. 1

zipien von Lenin und Trotzki wiedererrichtet werden. Die sowjetische Föderation muß auf der Basis von wirklicher Arbeiterdemokratie wiedergeschaffen werden, einschließlich des demokratischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung, d. h. das Recht einer konstituierenden Republik auf Abtrennung und Errichtung eines unabhängigen Arbeiterstaats.

Nationalistisches Delirium in Litauen

Aber der Schritt in Richtung Abtrennung in Litauen hat nichts mit demokratischen Zielen zu tun. Es ist ein Schritt zur kapitalistischen Konterrevolution, unterstützt von einer Hexenjagd gegen Kommunisten, klassenbewußte Arbeiter und nationale Minderheiten. Drei der Mitglieder von Sajudis, die ins Sezessionsparlament gewählt wurden, waren Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre als antisowjetische Terroristen bekannt. Die „Unabhängigkeitserklärung“⁴⁴ wurde mit der Stimmungsmache von nationalistischer Hysterie durchgesetzt: ein der Sajudis-Bewegung freundlich gesinnter litauischer Journalist berichtete, daß „jeder, der dagegen auftritt, mit Sicherheit als Verräter gebrandmarkt wird“⁴⁴. Die litauischen Nationalisten haben sich vor Eifer dabei überschlagen, andere sowjetische

Völker aufzuhetzen und zu beleidigen: beispielsweise durch Zerstörung von Ehrenmälern für die Befreiung Litauens von der Nazi-Besetzung durch die Rote Armee.

Ein Hauptgrund dafür, daß sich Litauen als erste der drei baltischen Republiken auf Sezession stürzte, liegt darin, daß 80 Prozent der Bevölkerung aus ethnischen Litauern bestehen. Im Gegensatz dazu sind in Lettland und Estland fast die Hälfte der Bevölkerung — und die Mehrheit des Proletariats — Russen, Ukrainer, Bjelorusen, Juden, ethnische Sibirier und Angehörige anderer sowjetischer Völker. Doch trotz ihrer relativen numerischen Schwäche haben die russischsprachige und — was politisch noch bedeutender ist — die polnischsprachige Minderheit aktiv gegen die Sajudis-Sezessionisten protestiert. Am 27. März demonstrierten Berichten zufolge 10 000 Anhänger der für die Union eingestellten KP vor dem litauischen Parlament. Mehrere Redner unterstrichen, daß eine Abtrennung Arbeitslosigkeit, Armut, Privateigentum und Massenabschiebungen hervorrufen würde.

Nachdem die Polen, die neun Prozent der Republik ausmachen, traditionell katholisch und antirussisch eingestellt sind, hätte man davon ausgehen können, daß sie ein unabhängiges Litauen unterstützen würden. Aber auch sie fürchten, einer gewaltsamen „Litauisierung“⁴⁴ und einer Staatsbürgerschaft zweiter Klasse unterworfen zu werden. Parlamentsabgeordnete der polnischen Minderheit enthielten sich bei der Abstimmung über die litauische Unabhängigkeitserklärung. Eine polnische Lehrerin berichtete der *New York Times* (26. März): „Die Leute verlieren ihre eigene Sprache . . . Wir werden das nicht hinnehmen.“⁴¹ Vielleicht erinnert sie sich daran, daß der virulent antipolnische Führer des unabhängigen Litauens, Augustinas Voldeparas, polnische Schulen schloß und polnische Lehrer hinter Gitter brachte.

Obwohl die Sajudis oft die bürgerliche Litauische Republik zwischen den Kriegen zurückfordert, erwähnt sie selbst, daß Vilnius von 1920 bis 1939 Wilno hieß und *Teil Polens* war. Der landbesitzende litauische Adel betrachtete sich selbst als Teil der polnischen Aristokratie. Jozef Pilsudski, der faschistoide starke Mann im Polen zwischen den Kriegen und auch Polens erster Präsident waren gebürtige Litauer. In einer ironischen Fußnote zur Geschichte hat die benachbarte sowjetische Republik Bjelorußland letzte Woche die secte südlichen Bezirke Litauens zurückgefordert, einschließlich Vilnius, das 1940 Litauen zugesprochen wurde, als es Teil der UdSSR wurde.

Die schärfsten Denunziationen der Sajudis sind vom sowjetischen Oberkommando gekommen. Der litauische Hafen Kaipeda (früher Memel) ist die Hauptlinie für die militärische Versorgung anderer Teile der UdSSR. Darüber hinaus würde eine Abtrennung Litauens den Rest der Sowjetunion von dem wichtigen baltischen Hafen Kaliningrad abschneiden, der vorwiegend russischsprachig und Teil der Russischen Republik ist. Moskaus harte Antwort an Litauen könnte auch eine Reaktion auf den Sieg der Rechten bei den DDR-Wahlen vom 18. März sein. Durch das Gespenst eines Vierten Reichs, das im Westen auftaucht, könnte die Bereitschaft des sowjetischen Offizierskorps und anderer Elemente in der Hierarchie nachlassen, einen NATO-Brückenkopf an der baltischen Küste zu tolerieren.

Noch unmittelbarer stellt sich die Gefahr, daß die Abtrennung Litauens andere nationalistische separatistische Bewegungen ermutigen würde, nicht nur bei den Nachbarn Lettland und Estland. Die größte kaukasische Republik, Georgien, ist zu einem Hexenkessel reaktionärer Gruppierungen geworden. Eine der größten separatistischen Gruppen ist die Monarchistische Partei, die erklärt: „Unser neuer Staat sollte auf dem strikten Prinzip der Hierarchie

aufgebaut werden" (*Wall Street Journal*, 28. März). Diese Partei hält zu dem gegenwärtigen georgischen Thronfolger Kontakt, der jetzt in Spanien lebt. In ganz Georgien sind Lenin-Statuen niedergedrückt worden, während Monarchisten und andere reaktionäre Banden Büros des Marxismus-Leninismus-Instituts und der Kommunistischen Jugendliga übernommen haben.

Im Maßstab der UdSSR sind die drei baltischen Staaten winzig. Und auch ein Verlust der kaukasischen Republiken würde die Sowjetmacht nicht grundsätzlich antasten. Die Ukraine jedoch hat eine völlig andere Bedeutung. Als zweitgrößte Republik hat sie eine hohe militärische, industrielle und landwirtschaftliche Bedeutung. In den letzten Parlamentswahlen der Republik gewann die nationalistische Bewegung Rukh ungefähr zwei Drittel der Sitze und die absolute Mehrheit im Stadtrat von Lvov, der wichtigsten Stadt in der Westukraine. Der Parlamentsabgeordnete der Rukh, Genrikh Altunyan, erklärte: „Wir denken das, was Moskau als undenkbar betrachtet. Heute Litauen. Morgen der Kaukasus. Übermorgen die Ukraine.“

Nur Kommunismus kann Nationalismus besiegen

Der Aufstieg des antikommunistischen Nationalismus in den baltischen Staaten, im Kaukasus und in der Ukraine verläuft parallel zum Ansteigen von großrussischem Chauvinismus und antisemitischer Demagogie in Moskau, Leningrad und anderswo in der russischen Republik. Ende März kamen die faschistischen Pamjat-Schläger und vier gleichgesinnte Ableger zusammen, um die Russische Orthodoxe Volksbewegung zu gründen. Ihr Hauptorganisator Evgeny Pashkin beschimpfte die Juden, hinter den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Azerbeidschanern zu stehen und sich zu verschwören, um „Rußland auszuliefern“.

Ohne eine wirklich kommunistische Opposition zum Gorbatschow-Regime wird die weitverbreitete ökonomische Unzufriedenheit, die durch die marktorientierten „Reformen“ (Perestroika) hervorgebracht wurde, in russischen Nationalismus und Antisemitismus geleitet. Die prowestliche Intelligenz, die die soziale Basis für Gorbatschows Programm darstellt, wird allgemein mit den Juden identifiziert, die historisch in der kulturellen und technologischen Elite des Landes stark vertreten sind. So vereint eine Bewegung wie die Einheitsfront der Werktätigen populäre ökonomische Forderungen gegen die Perestroika (z. B. Opposition zu kleinbürgerlichen Unternehmern, Aufrufe für das Einfrieren von Preisen von Konsumgütern) mit slawophiler Borniertheit. Zur gleichen Zeit baut der eher „konservative“ Hügel der stalinistischen Bürokratie, präsentiert durch Ligatschow, seine ideologischen und populären Appelle immer mehr auf russischem Nationalismus auf.

Die Kinder der Apparatschiks von Stalin sind vereint mit den Kindern der zaristischen Schwarzhundtschaften, eine Hochzeit, die abgesegnet wurde durch den „Dorfschreiber“ Valentin Rasputin. Als Unterstützer der russischen orthodoxen Kirche lamentiert Rasputin: „Die Revolution brachte Leute an die Spitze, die Rußland zerstörten.“ Und wen macht dieses Mitglied des Gorbatschowschen Präsidentenrates für die bolschewistische Revolution verantwortlich?

„Ich denke, daß sich heute die Juden hier für die Sünde verantwortlich fühlen sollten, die Revolution durchgeführt zu haben, und welche Gestalt sie angenommen hat. Sie sollten sich für den Terror verantwortlich fühlen. Für den Terror, den es während der Revolution und besonders nach der Revolution gab. Sie spielten eine große Rolle und ihre Schuld ist groß. An beidem, an dem Mord an Gott und hieran.“

— *New York Times Magazine*, 28. Januar

Gleichzeitig fordert Rasputin jetzt die uneingeschränkte Herrschaft durch den Kreml, um Rußland „ganz und un-

teilbar“ zu erhalten, um die zaristische Terminologie zu benutzen, die er so verherrlicht.

Während die russischen Nationalisten eine starke Hand im Kreml wünschen, um politische Abweichungen und die streitsüchtigen nationalen Minderheiten zu unterdrücken, wollen die prowestlichen Intellektuellen eine starke Hand, um ihr *arbeiterfeindliches* ökonomisches Programm durchzusetzen. Der prominente Anhänger des „freien Marktes“ Nikolai Schmeljow argumentiert: „Wir brauchen die Autorität und die Präsidialmacht, um unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ohne sie wird es keinen Weg aus der Krise geben“ (*Wall Street Journal*, 14. März). Es gibt also eine gewisse *Übereinstimmung* zwischen westlich orientierten Intellektuellen, russischen Nationalisten und den alten Stalinisten in Richtung *Bonapartismus* — der Wunsch nach einem starken Führer, der über den politischen Fraktionen steht und in der Lage ist, sich über die öffentliche Meinung hinwegzusetzen.

Zur Zeit ist die Sowjetunion in einer schwerwiegenden Krise. Die Bürokratie fällt auseinander, die große Schicht der städtischen Intelligenz verachtet und ignoriert die Arbeiterklasse, währenddessen beginnt das beunruhigte Proletariat wegen ökonomischer Beschwerden zu kämpfen. Mit feindseligen Nationalitäten, die auf Abtrennung und kapitalistische Restauration drängen, spielt Pamjat die Verärgerung und Ängste der unzufriedenen russischsprachigen Bevölkerung aus. Was dringend gebraucht wird, ist eine Avantgardepartei wie Lenins Bolschewiki, die die revolutionär gesinnten Intellektuellen mit politisch bewußten Aktivisten der Arbeiterklasse zusammenbrachten.

Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki waren imstande, alle Formen des kleinbürgerlichen Nationalismus zu bekämpfen und die Völker des ehemaligen zaristischen Reichs in einer Sowjetföderation zusammenzuschmieden, weil sie über große *moralische Autorität* als Kommunisten, d. h. als Internationalisten, verfügten. Heute brauchen wir eine leninistisch-trotzkistische Partei, um die stalinistische Bürokratie hinauszuschmeißen und die Herrschaft von Arbeiterräten wiederzuerrichten, um eine geplante, egalitäre Wirtschaft einzuführen unter voller und aktiver Beteiligung der Massen. Nur eine Arbeiter-Avantgardepartei, die auf einem internationalistischen Programm basiert, kann die Gefahren bekämpfen, die drohen, die UdSSR auseinanderzureißen, und kann den Kampf führen, eine wirkliche Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken wiederzuschaffen.

Nach Workers Vanguard Nr. 499, 6. April

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

geöffnet 10., 11., 17. und 18. April, 18.00-21.00 Uhr
Kulturhaus „Ernst Schneller“, Fließstraße 3-7, Berlin 1190

KONTAKTADRESSEN:

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

U. Nündel
Postamt 25,
Postlagernd
Leipzig 7025

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
HPA Rostock,
Postlag. 01
Rostock 2500

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

M. Schoner
HPA Frankfurt
Postlagernd
Frankfurt (Oder)
1200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

Klassenkampf zur Verteidigung unseres Lebensunterhalts! Währungsunion heißt Verelendung

Mehrere hunderttausend Menschen protestierten am 5. April gegen den 2:1-Umtauschplan der Bundesbank. In Berlin wurde der Sprecher der SPD, die kurz vor dem Eintritt in die große Koalition steht, von der wütenden Menge ausgebuht. Aber die PDS stimmt mit SPD und CDU darin überein, selbst das Wort Sozialismus aus der DDR-Verfassung zu streichen. PDS und FDGB wollen nur über den Preis der kapitalistischen Übernahme verhandeln. Was wir stattdessen brauchen ist Klassenkampf. Erfolgreiche Kämpfe zur Verteidigung der Arbeitsplätze und Sozialleistungen **können** der Schlüssel dazu sein, den Drang nach Anschluß aufzuhalten, und würden der Arbeiterklasse Zeit geben, sich für eine politische Offensive umzugruppieren. Nachfolgend drucken wir Auszüge der Rede ab, die unsere Genossin Renate Dahlhaus bei der Berliner Demonstration halten wollte, und die dem FDGB zur Veröffentlichung übergeben wurde.

Genossen und Kollegen,-

Also gut, wir haben gerade den ersten Geschmack davon bekommen, was die bittere Niederlage des 18. März bringen wird. Diese Leute, die gedacht haben, daß sie ein Land mit einem Überfluß von DM bekommen, erleben jetzt den ernüchternden Schock, daß sie für lateinamerikanische Lebensbedingungen gestimmt haben. Die Bundesbank sagt, daß sie unsere Löhne, Renten und Sparkonten um die Hälfte kürzen wollen. Die Werktätigen sagen: Nein!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagt: Klassenkampf gegen den Raubzug des Kapitals! Wir dürfen nicht zulassen, daß die Schulspeisungen oder Tagesstätten für unsere Kinder gestrichen werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere älteren Bürger dazu gezwungen werden, im Abfall herumzuwühlen, wie sie dies in den Städten des „goldenen“ kapitalistischen Westens tun müssen, um Speisereste zum Essen zu finden.

Aber die Werktätigen werden nicht in der Lage sein, ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen, wenn sich unsere Gewerkschaften darauf beschränken, Druck dafür auszuüben, um welchen Preis wir ausverkauft werden sollen. Sogar auf der Grundlage von 1:1 wird die Einführung der DM zusammen mit Westpreisen in Wirklichkeit eine sofortige 40prozentige Lohnsenkung für die Arbeiter hier in der DDR bedeuten. Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Spartakist-Arbeiterpartei war die einzige Partei, die bei den Volkskammerwahlen offen und eindeutig, ohne Wenn und Aber, gegen kapitalistische Wiedervereinigung aufgetreten ist. Wir haben davor gewarnt, wie ich selbst das bei der antifaschistischen Demonstration in Treptow am 3. Januar getan habe, daß die SPD ein Trojanisches Pferd für die Konterrevolution ist — und die SPD hat uns das sichtbar vorgeführt. Und wir haben auch davor gewarnt, daß die Kapitulation der PDS vor Kohls Aufruf zu „Deutschland, einig Vaterland“ für Kohl und seine Marionetten den Weg zum Sieg vorbereitet hat.

Das Vierte Reich hat in den Volkskammerwahlen gewonnen. Und was damit hochkommt, ist Rassismus und Antisemitismus. Die Arbeiterklasse muß sich jetzt auf die defensiven Kämpfe vorbereiten, vor denen wir stehen. Und die Macht, um diesen Kampf auszutragen, liegt bei den 8,6 Millionen Mitgliedern der Gewerkschaften. Von Bergmann-Borsig bis zu den Leuna-Werken weiß jeder Arbeiter, daß wir vor Entlassungen stehen, während die Kapitalisten

hereinkommen, um unsere VEBs aufzukaufen. Die gleichen stalinistischen Bürokraten, die in jahrelanger Vergeudung unsere Kombinate heruntergewirtschaftet haben, sind heute die Direktoren, die hinter unserem Rücken Abkommen für eine schnelle DM schließen. Auf unsere Kosten!

Kämpft für den Schutz unseres sozialisierten Eigentums! Kämpft gegen Fabrikübernahmen und Schließungen! Fangt damit an, in jedem Kombinat Betriebsversammlungen zu organisieren, um volle und ausführliche Berichte zu fordern und eine Strategie zu entwickeln, um gegen die Angriffe zu kämpfen. In jeder Fabrik müssen wir anfangen, Delegationen zu organisieren, die zu anderen Fabriken gehen, um den gemeinsamen Kampf zu planen. Wir müssen uns ernsthaft auf die notwendigen Streiks vorbereiten, wenn und wo sie angebracht sind, und wir müssen sie so organisieren, daß wir sie gewinnen.

Stellt sicher, daß wir unsere ausländischen Arbeiterkollegen gegen diskriminierende Behandlung verteidigen — nationaler Chauvinismus ist die Waffe der Rechten, Internationalismus ist unsere Stärke! Stellt sicher, daß Studenten und Rentner nicht alleine stehen, um für sich zu sorgen. Stellt sicher, daß Frauen nicht von ihren Arbeitsplätzen hinausgetrieben werden. Ein Angriff gegen einen ist ein Angriff gegen alle!

Unsere Gewerkschaftsorganisationen müssen jetzt Verbündete unserer Klassenbrüder und -Schwestern in der BRD werden, die sich gerade auf Streikaktionen gegen ihre Bosse vorbereiten. Wir sollten unsere Klassenbrüder und -Schwestern in Polen erreichen, die dazu gezwungen werden, in Suppenküchen zu essen, während ihr Land an internationale Bankiers verkauft wird. Laßt uns zu unseren Genossen Arbeitern in der Sowjetunion schauen, zu den Bergarbeitern in Workuta und dem Donez, die harte Streiks geführt haben, um ihren Lebensunterhalt zu verteidigen; zu den Soldaten der Roten Armee, die das Dritte Reich zerschlagen haben und die heute an der Grenze gegen die revanchistischen Pläne von Bonn und der NATO Wache stehen. Laßt uns auf den Kampf vorbereiten, verlaßt euch auf unsere soziale Macht als Klasse. Für eine feste Front der Arbeiter in der Aktion gegen die Bosse! Verteidigt unsere Arbeitsplätze! Verteidigt unseren Lebensstandard! Verteidigt unsere sozialen Errungenschaften! Verteidigt unser kollektiviertes Eigentum!

Köln: Polizeiüberfall auf Roma

Nachfolgender Protest wurde vom Komitee für soziale Verteidigung am 7. April an die Staatsanwaltschaft Köln gesandt.

Der brutale Polizeiüberfall auf Kölner Roma, bei dem Eigentum gestohlen wurde, Wohnwagen zerstört wurden. Erwachsene verhaftet und selbst Kinder gekidnappt worden sind, erinnert an Hitlers Pogromnacht. Diese Methoden in der Tradition der Gestapo werden gegen diese Opfer des Dritten Reiches wiederbelebt, um ein neues Viertes Reich aufzubauen. Wir fordern, alle Anklagen gegen die Roma-Gemeinde sofort fallenzulassen, das beschlagnahmte Vermögen zurückzugeben und alle inhaftierten Erwachsenen und Kinder freizulassen. Wir fordern Schadenersatz in Höhe von *mindestens* einer Million D-Mark an diese Gemeinschaft und volle Staatsbürgerrechte für alle Cinti und Roma!

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), und den Spartakist-Gruppen